



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

167 (8.4.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-333208](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-333208)

General-Anzeiger



Abonnement

70 Pfennig monatlich, vierteljährlich 2 Mark, halbjährlich 3 Mark, jährlich 5 Mark, Einzelnummer 6 Pf.

Inserate

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pf., Ausdrückte Inserate . . . 30 Pf., Die Restzeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gesetzlich und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseratenannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummer

Direktion u. Buchhaltung 1448

Druckerei-Bureau (Annahmen-Druckarbeiten) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 818

Nr. 167.

Mittwoch, 8. April 1908.

(Abendblatt.)

Aufmarsch.

Die preussischen Landtagswahlen, deren Ausgang von so ungewöhnlicher Bedeutung für Konervative und Liberale, für Bülow und Block sein wird, lenken mehr und mehr die Aufmerksamkeit auf sich, je mehr die Wahlbewegung in Fluß kommt.

Wir heben aus den vorliegenden Nachrichten einige von allgemeinem Interesse heraus.

Ueber die amtlichen Vorbereitungen für die Landtagswahl wird bekannt:

Das Ministerium des Innern hat an die Kommunal- und Gemeindeverwaltungen Preussens durch die Landräthe die Aufforderung gelangen lassen, die Wählerlisten bis Ostern aufzustellen und sie an noch näher zu bestimmenden Terminen Ende des Monats zur Einsicht auszuliegen. Die Bekanntgabe des Wahltermins für die Wahlmännerwahlen wird nach der „Post“ kurz vor Ostern erfolgen. — Es ist schon bekannt geworden, daß die Wählerlisten in Berlin vom 26. bis 28. April zur Auslegung gelangen sollen; so wird es also auch wohl in den anderen Orten sein.

Die Aufstellung eigener Wahlmänner empfiehlt die „Kreuztg.“ ihren Vorzeigegenossen möglichst in allen Wahlkreisen: Sie schreibt:

Bei den diesjährigen Landtagswahlen wird demgemäß die konservative Partei darauf Bedacht zu nehmen haben, daß sie sich in möglichst zahlreichen Wahlkreisen so stark macht, wie sie nur immer kann, um auch dort, wo sie keine Aussicht hat, mit einem eigenen Kandidaten durchzubringen, auf den Gang der Wahlbewegung und auf die Lösung der Kandidatenfrage einen für unsere Sache günstigen Einfluß auszuüben. Unsere Parteifreunde sollten sich also entschließen, in allen Wahlkreisen, in denen sie nur immer über Anhang in der Bevölkerung verfügen, Wahlmänner aufzustellen. Es kann leicht der Fall eintreten, daß auch eine kleine Zahl von Wahlmännern den Ausschlag gibt, daß also die konservative Macht, sei sie im Wahlkreise auch noch so bescheiden, das Singspiel an der Wage bildet. Ein solches Vorgehen in ausichtslosen Wahlbezirken kann die Stellung unserer Parteimitglieder in zweifelhaften Kreisen stärken und manchen Erfolg ermöglichen.

Es wird sich bekanntlich um ein heftiges Ringen zwischen Konservativen und Liberalen handeln und die Konservativen werden aller Wahrscheinlichkeit nach keinen leichten Stand haben. Man begreift daher schon, daß sie alle Möglichkeiten auszunutzen suchen, begreift aber auch, daß ebenso die liberalen Parteien, die Reserven gewinnen wollen und müssen, um der Reform des preussischen Wahlrechts willen, an Ausbeutung der Kräfte nicht hinter den Konservativen zurückbleiben wollen. Die „Freisinnige Stg.“ greift die Anregung der „Kreuztg.“ auf und schreibt:

Was hier von der konservativen Partei gesagt wird, gilt in demselben Maße auch für die Freisinnigen, und wir hoffen, daß unsere Parteifreunde im Lande aus den obigen Worten der „Kreuzzeitung“ für sich selbst gleichfalls die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen werden.

So werden wir wohl ein energisches Sichmessen der Konservativen und liberalen Kräfte erleben unter voller Ausnutzung der verfügbaren Kruppen. Um so sicherer werden

wir dann nach den Wahlen erkennen können, ob auch in Preußen der Liberalismus auf dem Vormarsch.

Dem Zusammengehen der Reformfreunde von den Freisinnigen bis zu den Freikonservativen haben wir von Anfang an das Wort geredet. Es wird erfreulicherweise vielfach stattfinden.

Für Wiesbaden-Unterhainhausen hat eine nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung jetzt den bisherigen Vertreter Abg. Hartling wieder als Kandidaten nominiert. Hartling erklärte die Annahme der Kandidatur und gab einen politischen Ueberblick, in dem er der „Wiesb. Stg.“ zufolge ausführte, daß auch die Nationalliberalen eine Reform des Landtagswahlrechts anstreben, nur nicht mit einem gleichen Wahlrecht; die Hauptfrage sei die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts und Anerkennung der Wahlkreiseinteilung. Mitgeteilt wurde ein Schreiben aus Wiesbaden, wonach die Wahlvereine der Freisinnigen Volkspartei im Rheingau beschlossene haben, bei der bevorstehenden Landtagswahl einen nationalliberalen Kandidaten zu unterstützen, der mindestens für das geheime und direkte Wahlrecht und eine zeitgemäße Wahlkreiseinteilung einzutreten sich verpflichtet.

Ferner: In Rassel-Wigenhausen haben die Nationalliberalen den bisherigen Abgeordneten Dr. Schröder wieder aufgestellt, der, wie es heißt, von der freisinnigen Volkspartei unterstützt werden wird.

In dem bisher ausschließlich freikonservativ vertretenen Wahlkreis Waldenburg-Reichenbach haben die Freisinnigen und Nationalliberalen ein Abkommen getroffen, demzufolge sie ihre Stimmen auf den freisinnigen Kandidaten Justizrat Albers-Preßlau und die nationalliberalen Kandidaten Ortsbestyrer Marx-Niederhemsdorf und Oberlehrer Rosenhauer-Waldenburg vereinigen.

Recht unsicher scheint bedauerlicherweise die Lage noch in Schleswig-Holstein zu sein. Nach einer Nachricht, die wir in der gestrigen Abendnummer des „Verl. Tagebl.“ finden, seien die Verhandlungen zwischen den Freisinnigen und Nationalliberalen in Schleswig-Holstein dem Anschein nach gescheitert. Das der freisinnigen Vereinigung nahesteheende Blatt gibt den Nationalliberalen die Schuld:

Der Hauptgrund dafür liegt darin, daß sich die dortigen nationalliberalen Vereine von den Konservativen, die selbst im Lande gar keine eigentliche Organisation haben, in einer Weise desormunden und ins Eckstein nehmen lassen, daß mit ihnen keine Vereinbarungen getroffen werden können, die für die Begünstigung des konservativen Verhältnisses — und das sind nicht weniger als zwölf Landtagsmandate — in Betracht kommen können. Infolgedessen haben sich die Freisinnigen in Alsenburg in Dr. Deub einen eigenen Kandidaten definitiv aufgestellt.

Wir sind objektiv genug, den Nationalliberalen nicht unter allen Umständen Recht zu geben. Der Fall bedarf der Aufklärung, wir wollen abwarten, was die Nationalliberalen Schleswig-Holsteins zur Meinung des „Verl. Tagebl.“ zu sagen haben werden. Bisherig und hoffentlich, wird sich doch noch der Friede schließen lassen zwischen den liberalen Parteien, die, wo irgend die besonderen örtlichen Umstände es ermög-

lichen, gerade bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen zusammengehören.

Nach der „Post, Stg.“ hätte das Zentrum in Sagen-Schweim den Nationalliberalen seine Unterstützung ohne irgendwelche Gegenleistung angeboten, damit der Kreis den Freisinnigen entrispen werde, und die Offerte scheine auf günstigen Boden gefallen zu sein. Wir wollen abwarten, ob dies „Schauspiel für Götter“, — Zentrum und Nationalliberale Hand in Hand — sich abspielen wird. Möchten es nicht glauben, und würden es vorkommendenfalls bedauern und beurteilen.

Hand in Hand aber werden wir Zentrum und Polen bestimmen sehen. Nicht nur im Osten, auch im Westen. In einer großen Versammlung der Dortmunder Zentrumspartei erklärte der Führer der Partei, daß das in Schlesien abgeschlossene Kompromiß zwischen Polen und Zentrum auch auf ein Zusammengehen beider Parteien im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hoffen lasse.

Das sind einige Momentaufnahmen vom Aufmarsch. Wo die stärksten Bataillone sein, wo mithin der Gott der Schlachten sein wird, es läßt sich nicht sagen. Im Interesse der freibildlichen Entwicklung Preussens, des Reiches, des Blocks, wünschen wir, daß auf liberaler Seite umsichtige und kluge Strategen wie Taktiker, mutige und wohlbedingte Soldaten zu einem entscheidenden Schlage kommen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 8. April 1908.

Herr v. Gerlach

Ist durch die Annahme des Vereinsgesetzes im Reichstage völlig aus seinem geistigen Gleichgewicht gebracht worden und es fällt in seinem Montagsblatt über die Freisinnigen in einer Weise her, auf die selbst das ruppigste Sozialistenblatt stolz sein könnte. Auf die politische Weisheit, die Herr v. Gerlach bei dieser Gelegenheit antrifft, wollen wir lieber nicht eingehen, um unseren Gegnern nicht Grund zum Stoff darüber zu bieten, daß ein Mann mit solchen finstlichen Anschauungen auch nur eine einzige Legislaturperiode hindurch freisinniger Abgeordneter sein konnte. Es sei uns nur zur Charakteristik dieses Demagogen gestattet, an einigen Stichproben zu zeigen, wie Herr v. Gerlach die freisinnigen Parlamentarier beschimpft:

„Der Blockfreisinn würdigt die ganzen Verhandlungen zur Frage Herab. Für ihn ist das Dogma, was hinter den Kulissen, was in verschwiegenen Ratskammern und hinter pocala mit Bülow verhandelt und von der Kommission gutgeheißen wurde. Da, wo es gilt, vor dem Volke Rechenschaft abzulegen, im hellen Lichte des Reichstages, da schweigt er. Der Reichstag wird zur Abstimmungsmaschine erniedrigt. Die Sehnsucht aller Reaktionen ist erfüllt. Der Freisinn hat das Edelmetall seiner Grundzüge fortgegeben und rühmt sich jetzt noch dessen, daß er wenigstens ein paar Scheidemünzen von Bülow geschenkt bekommt. . . Wir tauschen ein Volksgesetz gegen andere Volksgesetze ein. Wir ertrogen ein paar kleine Verwechslungen und geben dafür das Kostbarste preis, was eine

Die Frankfurter Heimarbeit-Ausstellung.

Von Max Fleischer (Frankfurt a. M.).

Als im Jahre 1882 der Frankfurter Nationalökonom Dr. Gottlieb Schnapper-Brand sein Werk: „5 Dörfergemeinden auf dem hohen Taunus“ veröffentlichte, als Ergebnis zweijähriger, sorgfältiger Studien, da war für die soziale Forschung mit einem Male völlig Neues erschlossen. Bis dahin verband man mit dem Namen Heimarbeit meist nur die Verfertigung von hausgemachten Dörfern des Thüringer Waldes und anderer Gebirgsgegenden, in welchen allerhand niedliches Spielzeug für unsere Kleinen hergestellt wurde. Hier aber zeigte ein streng sachlicher Forscher, in welcher schlimmer sozialer Lage sich herartige Heimarbeiter befinden. Andere Gelehrte, wie: Schmoller, Wäcker, Weber, Steudt, Heintz, Koch S. J. u. a. folgten dem Spurenschnapper-Brand's und der Dichter Gerhart Hauptmann, brachte 10 Jahre nach Schnapper-Brand den schlesischen Heimarbeiter in „den Weibern“ auf die Bühne. Nach aber machte sich das große Publikum nicht entfernt einen Begriff von der Mannigfaltigkeit der hausindustriellen Tätigkeit, von der Verbreitung derselben in den Gebirgsgegenden, wie auch ganz besonders in den Großstädten. Da mußte es den als eine recht glückliche Idee bezeichnet werden, das Interesse der Allgemeinheit durch den modernen Anschauungsunterricht: die Ausstellung für diese Heimarbeit zu erwecken. Berlin machte 1906 den Anfang, London folgte im vorigen Jahre und nun ist in Frankfurt a. M. seit wenigen Tagen die dritte Heimarbeit-Ausstellung eröffnet worden. Sie unterscheidet sich von der Berliner Ausstellung nicht nur durch den beträchtlich größeren Umfang, sowie durch ihren systematischen Aufbau, der sowohl geographische, wie auch sachliche Gesichtspunkte berücksichtigt, sondern es besteht ein ganz prinzipieller Unterschied zwischen beiden Veranstaltungen. In Berlin ging man von der bestimmten Voraussetzung aus, daß die Lage der

Heimarbeit in ihrer Gesamtheit durchaus trostlos und schlecht sei, daher suchte man mehr oder weniger durch die Veranschaulichung der frohesten Beispiele schlechten Verdienstes diese von vornherein aufgestellte Behauptung augenfällig. In Frankfurt dagegen ging man vorurteilslos an's Werk, man untersuchte die einzelnen Branchen in den verschiedenen Gegenden des sog. Rhein-Rainischen Wirtschaftsgebietes (Taunus, Odenwald, Spessart, Rhön, Vogelsberg, Westerwald, Rheinhessen) und suchte sich für die Ausstellung nicht einzelne ausnahmeweise gut oder ausnahmeweise schlecht bezahlte Erzeugnisse heraus, sondern war bestrebt, ein möglichst vollständiges Bild der mannigfaltigen Produktion zu geben. Wo man aber nicht alle Erzeugnisse ausstellen konnte, da nahm man unter allen Umständen das Typische, das Normale heraus. Ein weiteres, für den Besucher sehr wertvolles Prinzip besteht darin, daß man fast durchweg die Arbeitsmethode durch Verführung der einzelnen Arbeitsabschnitte veranschaulicht hat. Die Frankfurter Ausstellung bietet dadurch ein lebendiges Bild der hausindustriellen, das noch durch eine große Anzahl wohlgeplanter Innenaufnahmen von Heimarbeiterwerkstätten vervollständigt wird und das seinen wirkungsvollen Abschluß erhält durch die praktische Ausübung der hausindustriellen Tätigkeit in einer Reihe von Schauerwerkstätten. Wir sehen da den Federhalterdreher aus dem Odenwald, den Verfertiger großer Holzwaren aus der hohen Rhön, den Kunstschneider aus dem Eilenacher Oberland. Aus dem Taubersdorf Marjoh arbeitet ein Töpfer an der Drehscheibe, ein Korblechter aus dem Taunus hantiert mit Weibengerten und ein Eisenbeschneider aus dem Odenwald schnitzt allerliebste Tierfigürchen. Wir können uns davon überzeugen, mit welcher Fingerrichtigkeit Frauenhände Christbaumschmuck und Perlenfränge anfertigen. Besonders Interesse der weit städtischen Besucher erweckt ein alter Rhönbauer, der an einem noch älteren Webstuhl weißes Linnen webt. Ein Stück untergehender Dorfpoesie für den Dichter — ein ernstes soziales Problem für den Volkswirt.

Einem wertvollen Ueberblick über die Verbreitung der Heimarbeit nach Branchen und nach der Zahl der in denselben Beschäftigten, sowie nach dem Vorkommen von Frauen- und Kinderarbeit gibt eine große wirtschafts-geographische Landkarte des eingangs näher bezeichneten Gebietes.

Außer den Branchen, die eigene Schauerwerkstätten besitzen, gibt es aber noch eine große Zahl von Heimarbeitersiedlungen, welche besondere Beachtung verdienen. Da ist zunächst die sich um die Stadt Offenbach a. M. gruppierende Lederindustrie, welche einschließlich der Gehilfen von Handwerkerstellen über 2600 Personen umfaßt. Im Gegensatz zu der überwiegenden Zahl von Heimarbeitern besitzen diese eine starke gewerkschaftliche Organisation. Hier spielt auch das nicht immer gesunde Preiswettbewerbsystem eine große Rolle. Ein Durchschnittswochenlohn von 22 Mark, der ermittelt wurde, besagt, daß die Verhältnisse dieser Gruppe verhältnismäßig günstig sind. — Im Hannau und Wachsenburg herum, dann aber auch im Siegener und im rheinischen Bezirk liegen etwa 2000 Zigarrenarbeiter, deren Verdienst schon wesentlich geringer ist. Vieles handelt es sich jedoch um Kranke und Invaliden, sowie ältere Leute, die jene relativ leichte Arbeit verrichten. — Ein überaus wichtiges Gebiet ist die Wäschekonfektion und Herrenkleidermacherel. Erstere beschäftigt wohl einige tausend Heimarbeiterinnen; ihr Verdienst variiert entsprechend der verschiedenen Geschicklichkeit zwischen 8 und 40 Pfennig pro Stunde. Der Durchschnitts-Nettolohn dürfte zwischen 12 und 20 Pf. liegen. Die Herrenkonfektion wird fast ausschließlich in Heimarbeit hergestellt, etwa 1800 Personen arbeiten in dem Gebiete, die zwischen 22 Pf. und 30 Pf. netto pro Stunde verdienen!

Neben diesen in den Großstädten und ihrer engeren Umgebung vertretener Heimarbeit mit verhältnismäßig hohen Stundenlöhnen treten die in den Gebirgsgegenden geübten Löhne beträchtlich zurück. So fand ich z. B. bei meinen eigenen Untersuchungen in der Rhön und im Odenwald 12 bis 15 Pf. Stun-

Partei überhaupt kann, ihr moralisches Fundament. Bisher wußte man glauben, der Freisinn sei wenigstens bei all seinen sonstigen Tünden ein ehrlicher Feind aller Unannehmlichkeiten. Nun ist es mit diesem Glauben vorbei. Und damit mit dem Glauben an den Freisinn überhaupt.

Die sich die zunächst angegriffene Freisinnige Vereinigung zu ihrem Vorstandsmitgliede v. Gerlach stellt, das sei fürs erste ihre Sache, meint die „Freisinn. Ztg.“, um dann die freie Volkspartei folgendermaßen zu verteidigen:

Herr v. Gerlach erlaubt sich aber auch in seinem Artikel gleichzeitig zwei Köhner Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei unter Nennung ihrer Namen, die sogar — höchst geschmackvoll! — zur Lebenschrift des Artikels gewählt sind, mit Schmutz zu bewerfen. Da ist es denn doch nötig, darauf hinzuweisen, daß niemand weniger das Recht besitzt, den Freisinnigen Besen zu erteilen, als ein politisches Chamäleon wie Herr v. Gerlach, der zu einer Zeit, als jene Köhner Herren längst voll Eifer, Ueberzeugungstreue und Geschick die Sache der Freisinnigen Volkspartei führten, nach an der Seite der Junker stand und gemeinsam mit Stöcker, Cöverwinder und Genossen die antisemitischen Injuncten ungebildeter Volkschichten betrugte, um sich zu einer politischen Persönlichkeit herauszuföhren. Am lächerlichsten aber ist es, wenn Herr v. Gerlach all demüthigsten Anhänger der Freisinnigen Volkspartei Vorhaltungen über „Verlogenheit“ des Liberalismus machen will, während es doch kaum eine Verlogenheit gibt, die er selbst nicht im Laufe seines zwar kurzen, aber vieljahrigen politischen Lebens verlegen hat.

Woher den Franzosen der Appetit auf Marokko kommt.

Der Appetit kommt beim Essen, sagt man. Die größte Marokko ähnliche Kolonie hat sich in den letzten Jahren so gut entwickelt, daß es kein Wunder ist, wenn die Franzosen ihr nordafrikanisches Gebiet zu erweitern bemüht sind. Die die „Kolonialpolitische Korrespondenz“ erfährt, hat die Ein- und Ausfuhr in Alger während des abgelaufenen Jahres die bedeutende Ziffer von 774 Millionen Francs erreicht. In Tunis ist die kommerzielle Bewegung hauptsächlich infolge der wachsenden Phosphatausbeutung auf 206 Millionen gestiegen. Die französischen Besitzungen Nordafrikas, deren Umfah also circa eine Milliarde Francs beträgt, müssen demnach zu den großen Produktionszentren gerechnet werden. — Was die französischen Kolonien im allgemeinen betrifft, so beliefen sich die Beträge des Exports und Imports pro 1907 auf 1900 Millionen Francs. Ihr Flächeninhalt übersteigt den des Mutterlandes 18mal. Ihre Einwohnerzahl beträgt 40 Mill. Sämtliche überseeischen Besitzungen (mit der alleinigen Ausnahme des Kongo) haben heute ihr eigenes Budget, das ihnen die Ausführung großer öffentlicher Anlagen und Bauten ermöglicht. Das Mutterland hat nur noch die militärischen Kosten zu tragen, die sich übrigens jedes Jahr verringern. Wenn man bedenkt, daß das Kolonialreich Frankreichs vor 20 Jahren noch in seinen Anfängen stand, so ist der in diesem verhältnismäßig kurzen Zeitraum erreichte volkswirtschaftliche Erfolg ein ganz bedeutender zu nennen.

Deutsches Reich.

(Fürst Bülow und der Vatikan.) Nach einer Information des „Giornale d'Italia“ aus dem Vatikan bestätigt sich die Mitteilung von gestern, daß Bülows Besuch im Vatikan lediglich ein Höflichkeitsakt sein werde. Das defekte Verhältnis des Vatikan zur Kolonfrage schließe von vornherein jedweden politischen Charakter des Besuchs aus, der den Vatikan kompromittieren könnte. Immerhin werde dieser Höflichkeitsakt vor aller Welt dartun, wie herzlich nach wie vor die Beziehungen der Reichsregierung zum Papst sind.

(Der Deutsche Handelstag) hat für die erste Hälfte des Monats Mai eine Sitzung der Kommission zur Frage des Kleinhandels und eine Sitzung der Sonderkommission zur Frage des Postverkehrs in Aussicht genommen. Eine Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handelstages wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats Juni stattfinden.

(Der Bund der technisch-industriellen Beamten) hat inachen nach einem Vortrage des Ingenieurs Thimm-Berlin über den Rechtsweg der technischen Erwerbstätigen eine Resolution an den Reichstag angenommen, in der anerkannt wird, daß die Novelle zur Arbeiterberufsgesetzgebung zwar einiges zur Verbesserung der rechtlichen Lage der technischen Erwerbstätigen beitrage, aber die weitergehenden berechtigten Wünsche nicht berücksichtigt werden. Neben einer Verbesserung des materiellen Rechts sei auch eine Verbesserung des materiellen Rechts und der großen Schlichterei. Kurztweckiger kommen auch höchstens auf 20-30 Pfg. Stundenlohn.

Außer den schon aufgeführten Heimarbeitbranchen im Rhein-Mainischen Wirtschaftsgebiet stellt die Aufstellung noch die folgenden dar: Webeschneiderei, Bürstenfabrikation, Korbschneiderei, Handgarnherstellung, Mühltrumpffertigung, Kartonnagen- u. Papierbüttenherstellung; ferner die Anfertigung von Haararbeiten, Strickerei und Häkelerei; Sackschneiderei, Pflanzmaschinen; die Herstellung von Nadeln, Drahtwaren, Knöpfen und Nähnägen; Siebmacherei, Webenbinderei, Polamentherstellung, Kalfschneiderei und Handschneiderei, Hut- und Mützen- sowie Schuhmacherei; Pelzwaren- und Schirmherstellung, Karzett- und Schneidwarenherstellung und noch manches andere.

Ein reiches Gebiet hausindustrieller Tätigkeit entwickelt sich hier vor unseren Augen; wir erkennen aus den Erzeugnissen, die an jedem Gegenstand befindlich sind, welche sorgfältigen Lohn der Verdienst erzielt, aber wir erblicken auch daneben manch fremdenheres Bild. Wenn wir dann uns noch vergegenwärtigen, daß in diesen Fällen die Heimarbeit ein höchst erwünschter Inzidenzverdienst für die ländliche Bevölkerung dürftiger Gebirgsgegenden gewesen ist, wie nur durch sie eine Landflucht verhindert u. eine Bodenbeständigkeit erhalten werden konnte, so kommen wir zu dem Resultat, daß es verfehlt wäre, die Hausindustrie in Pausa und Pagen zu verurteilen. Vielmehr gibt es vieles, sehr vieles zu bessern und zu ändern, und dazu wird die künftige Veranstaltung genugsam Anregung bieten. Und dadurch wird die Ausstellung banernden Nutzen stiften. — Wir werden ein anderes Mal noch auf die sozialwissenschaftlichen, besonders auch die sozialhygienischen Ergebnisse der Ausstellung zurückkommen, heute wollen wir unseren Lesern lediglich einen orientierenden Ueberblick geben.

Buntes Feuilleton.

Das Gündchen der Gräfin Fabrica. Ein tragisches Schicksal ist einer deutschen Gräfin beim Betreten des englischen Ho-

lung des Rechtswesens anzustreben. Durch eine Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbebehörde könne eine Beschleunigung des Verfahrens herbeigeführt werden.

Badische Politik.

Die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer veranlaßte gestern nachmittags im Hotel Grösse in Karlsruhe das herkömmliche Fraktionessen. Die Mitglieder der Fraktion waren nahezu alle erschienen. Unter den Gästen nahmen Dr. Fürstin, Geheimrat Dr. Bunte und Landgerichtspräsident Dörner als Mitglieder der Ersten Kammer teil. Auch die linksliberalen Abgeordneten der Zweiten Kammer hatten der Einladung Folge geleistet. Nachdem zunächst der Fraktionschef Dr. Binz das Hoch auf den Großherzog ausgebracht hatte, gab es im Verlauf des Mahles noch mande fein pointierte Rede. Zahlreiche Freunde hatten ihr Fernbleiben telegraphisch oder brieflich entschuldigt, wie die Reichstagsabg. Wassermann, Wed und Blankenhorn, sowie auch der Senior der Partei, C. Eckhardt, der 86jährig in Mannheim lebt. Sein Schreiben, das nicht ohne politischen Erinnerungswert ist, lautete:

Mit großem Vergnügen würde ich einige fröhliche Stunden im Kreise meiner politischen Freunde zubringen. Der Tag des Festmahls, 7. April, wüßte mich in eine Zeit regloser eigener politischer Tätigkeit zurückversetzen. Das Jahr 1860 war für unser Baden keine herrliche Zeit und sie ist mir unergötlich. Oftmals feierte ich seither den 7. April; jetzt verjagen mir hierzu die Kräfte. Im Geiste werde ich unter Ihnen sein und ich wünsche besten Verlauf der Feier.

Die Festlichkeit, die so recht geeignet war, den guten Geist des Zusammenhalts innerhalb der Fraktion zu zeigen und zu fördern, verlief wirklich sehr stimmungsvoll.

Koloniales.

Die Presse in den deutschen Schutzgebieten.

Sieben ist die erste Nummer des neu herausgegebenen „Amtsblatts für das Schutzgebiet Kamerun“ in Deutschland eingetroffen. Es wird vom Gouverneur in Bua herausgegeben und enthält auf seinen vier schwarz-weiß-rot umrandeten Seiten nur Bekanntmachungen des Gouverneurs und Personalsnachrichten. Dieses Amtsblatt ist die erste in Kamerun selbst hergestellte Zeitung. Bisher wurde wie aus einer Zusammenstellung in der „Kolonialpolitischen Korrespondenz“ hervorgeht, dort nur die in Hamburg herausgegebene illustrierte, den Text in deutscher und der Quasiprasche bringende Zeitschrift „Totombe von Kamerun“ verbreitet. Damit hat unsere Presse in den Schutzgebieten wieder eine zu begrüßende Bereicherung erfahren. In Deutsch-Ostafrika und Südwestafrika hat sich auch die nichtamtliche Presse schon gut entwickelt. In Deutsch-Ostafrika erscheinen außer dem „Amtlichen Anzeiger für Deutsch-Ostafrika“, der lediglich amtliches Material bringt, die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung“ in Dar-es-Salaam und die „Ujambara-Post“ in Tanga. Außerdem erscheint in Tanga noch die Zeitung „Kiongo“ in der Suahelispasche. Deutsch-Südwestafrika dagegen hat noch kein eigentliches amtliches Organ. Die private deutsche Presse beherrscht dort das Feld. In Swakopmund erscheint die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ und in Windhof erscheinen die „Windhuker Nachrichten“. Togo hat sein gut geleitetes „Amtsblatt für Togo“, das stets einen sehr wertvollen nichtamtlichen Teil hat mit vielen guten politischen und wirtschaftlichen Artikeln und Notizen. Im Schutzgebiet Samoa erscheint außer dem Amtsblatt des Gouverneurs die „Samoanische Zeitung“ mit deutschem und englischem Text. Es bleibt nur Neu-Guinea bis jetzt völlig ohne einheimische Presse.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 8. April 1908.

Zur Beratung des städtischen Budgets.

III.

Die Beratung des städtischen Budgets hat gestern begonnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Herr Bürgermeister Martin dem verstorbenen Oberhaupt unserer Stadt, Herrn Dr. Otto Beck, einen ergreifenden Nachruf. Sodann wurden, bevor die Budgetverhandlungen ihren Anfang nahmen, noch ver-

dens anwesend. Der Kammerherr Graf und Gräfin Fabrica aus Dresden wußten gestern vor dem Dower Richter erscheinen, da sie entgegen dem strengen Damerinverbot verfuhr hatten, ein Hundchen vom Calaisdammfer in England einzuschmuggeln. Die Gräfin hatte etwas verdächtig beiseite ausgesprochen, und bei näherer Untersuchung fand man, daß sie — unter den Kleidern einen Sack mit dem instrumentierten Hundchen verborgen trug. Der Dogeher verzeihende Anblick machte die Intention des Geschehes bei seinen Klienten geltend, und so kam das Ehepaar sehr gelinde mit 100 Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens davon. Der Hund wurde zur geistmässigen Behandlung dem Tierarzt überwiesen.

— Verführung der Toledos? Aus Florenz wird der „Inf.“ geschrieben: Unsere Nachricht von dem Tode, der zwischen dem Ehepaare Toledis ausgebrochen war, hat wenigstens eine gute Folge gezeitigt, denn auch hobingebellts beiden mag, auf wie lange Zeit? Die Toledos haben sich nämlich wieder ausgesöhnt und vertragen sich scheinbar wieder sehr gut. Allerdings ist die Verführung nur indirekt eine Folge unserer Nachricht. Denn auf die Kunde von der bevorstehenden Eheverbindung haben sich allerlei Deliquente hader Gesellschaft, deren offenbar viel daran lag, daß die Sache endlich besiegelt und in Ruhe bleibe, um die Vermählung zwischen den ergrünten Ehegatten bemüht, und — das Werk ist ihnen gelungen. Sie tröhen wieder in hohen Feiern und schöner Eintracht zusammen. Den nicht geringsten Anteil daran hat die Großherzogin von Toscano, die bald nach jener Meldung zu Besuch bei der Herzogin von Parma in Plazeggio eintraf. Sie war über das, was ihr gemeldet wurde, sehr gefasst und erklärte, schon seit vielen Wochen genau darüber unterrichtet zu sein, daß trotz aller Dementis, die Herr Toledis löstlich, zwischen den Ehegatten große Intimität herrsche und die Scheidung schon nahe vor der Tür gefunden habe. Die Großherzogin, die sehr zurückgezogen lebe, und keinerlei Besuche empfing, ließ sich täglich von dem Stand der Dinge und von dem Erfolg der Bemühungen unterrichten. Heutzutage wäre die Verführung, die eben erst zustande gekommen war, beinahe sehr schnell wieder in die Verhältnisse gegangen; und zwar in voriger Woche, als der König von Sachsen in Italien weise. Frau Toledis beabsichtigte nämlich mit ihrem früheren Gemahl eine Zusammenkunft herbeizuföhren, während sich naturgemäß Herr Toledis diesem Plan widersetzte. So kam es zu neuen Zwistigkeiten, zumal die frühere Gräfin Montignoso erklärte, daß sie nur eine halbe Stunde mit dem König sprechen wolle, um

schiedene andere städtische Vorlagen beraten, deren zwei wichtigsten die Durchführung der Straßen durch das ehemalige Aufstellungsgelände und die Erhöhung der Hundetaxe bildeten. Die Frage der Erhöhung der Hundetaxe hat schon eine ziemlich lange Geschichte. Herr Oberbürgermeister Dr. Beck war ein eifriger Befürworter dieser Maßregel. Als vor 5 bis 6 Jahren erstmalig im Bürgerausschusse über die Erhöhung der Hundetaxe debattiert wurde und das Stadtvorordnetenkollegium den diesbezüglichen Antrag des Stadtrats nahezu einstimmig ablehnte, erklärte Herr Oberbürgermeister Dr. Beck in der ihm eigenen sorgfältigen Weise: „Nun denn nicht, wir können warten; aber es kommt die Zeit, in welcher sich eine Mehrheit im Bürgerausschusse für diese Erhöhung finden wird.“ Fast hatte es gestern den Anschein, als ob sich diese Prophezeiung unjeres bisherigen Oberbürgermeisters jetzt schon erfüllen sollte, denn während der Verhandlung der Bürgerausschusse sich fast einstimmig gegen die Erhöhung der Hundetaxe erklärte, war gestern eine ansehnliche Minorität für diesen Vorschlag zu haben. Wer weiß, was die Zukunft bringt. Vielleicht hat sich in einigen Jahren diese Minorität in eine Majorität verwandelt, was sicher der Fall sein wird, wenn die gegenwärtige notorische Hundetaxe noch stärkere Dimensionen annimmt. Wieder wurde gestern das rührende Lied von dem „Hunde des armen Mannes“ gesungen, eine Melodie, die in allen Debatten über diese Frage bisher erklingen ist, nur glauben wir nicht recht an diesen „Hunde des armen Mannes.“ In der gestrigen Beratung wurde auch der weise Rat gegeben, daß man mit der Bestrafung der Besitzer von Hunden, welche die Anlagen und Häuser beschmutzen, energischer vorgehen soll, nur vergoß der betr. Stadtvorordnete anzugeben, wie man es anfangen mag, um auch alle Hunde, welche eine solche Unpflanzigkeit gegen die städtischen Anlagen und die schön gestrichenen Fassaden der Häuser befanden, zu stellen und ihre Besitzer zu ermitteln. Daß die Hundetaxe in Mannheim immer unpopulärer wird, bedarf kaum eines Nachweises. So finden z. B. morgens in der stillen Stadterweiterung an den Straßenkreuzungen richtige Hundeversammlungen statt, deren Teilnehmer absolut nicht so gut gezogen sind, daß sie sich sonderliche Skrupel wegen Belästigung der Passanten machen würden. In den letzten Tagen wurde, wie man uns mitteilt, auf dem Lindenhof eine Frau von einer mächtigen Bulldogge, ohne daß das Vieh irgendwie gereizt worden wäre, angefallen und an der Brust schwer verletzt. Als man dann den Eigentümer des Hundes zur Rede stellen wollte, blieb es in der betr. Wohnung mühsamstill, so stark man auch läuten mochte. Der Besitzer des mächtigen Hundes hatte nicht einmal so viel Rücksicht und so viel Anstandsgelübde, es der Mühe wert zu halten, sich bei der verletzten Frau zu entschuldigen. Vielleicht war diese Bulldogge auch ein so „liebes Biestchen eines armen Mannes!“

Beim Eintritt in die Beratung des städtischen Budgets entstand zunächst eine kurze Aussprache darüber, ob man von einer Generaldiskussion Abstand nehmen und sofort in die Spezialdebatte eintreten soll. Der Bürgerausschusse erklärte sich für den Wegfall einer Generaldiskussion. Ob allerdings dadurch irgend welche Zeiterparnis erzielt wird, dürfte fraglich sein, denn das Redebudget wird eben dann in der Spezialdebatte desto intensiver zum Ausdruck kommen. Es hat jedoch den Anschein, als ob große Streitfragen und Differenzpunkte nicht aufzuheben werden.

Man trat zunächst in die Erörterung der Einnahme-Kategorien ein. Bei Paragraph 2, Stenerrückstände von früheren Jahren, beantragte der Stadtvorordnetenvorstand, die eingelegt Summe von 80 000 Mark auf 100 000 Mark zu erhöhen, ein Vorschlag, der um so berechtigter erscheint, als das Rechnungsergebnis von 1907 den stattdlichen Betrag von 58 235 Mark brachte, während im Voranschlag für das diesjährige Jahr gleichfalls 80 000 Mark eingelegt waren. Die Stadtvorordneten stimmten der Erhöhung einhellig zu.

Bei Paragraph 3, Einnahme von Liegenschaften, wurde die Frage der Aufhebung des Kleinbrückengeldes aufgerollt. Es ist bedauerlich, daß es noch nicht möglich war, diesen alten Zapf abzuschneiden, jedoch darf man wohl hoffen, daß mit dem Ueber-

ihres Erfolges sicher zu sein. Die italienische Regierung belam aber von diesen hochliegenden Plänen der Frau Toledis noch rechtzeitig Wind und ergreift Gegenmaßregeln, da sie höchstwahrscheinlich davon überzeugt war, daß dem König von Sachsen sicher weniger daran liege, mit seiner früheren Gemahlin zusammen zu kommen, Daxium ist die Zeitungsmeldung, daß das Gaus der Gräfin während der Anwesenheit des städtischen Königs in Italien vollständig bewacht wurde, durchaus den Tatsachen entsprechend. Denn noch niemals geigte sich die italienische Regierung so besorgt um das Wohlfahrt Bürger, wie damals, als sie durch eine ständige Schutzwohle Frau Toledis daran hinderte, einen unbedachten Schritt zu tun, der in ganz Europa unmissbar Aufsehen erregt hätte.

— Die Auferstehung der verschütteten Stadt Saint-Pierre. Dem Pariser „Temps“ wird gemeldet, daß am 21. Februar zum erstenmal seit der katastrophalen Eruption des Mount Pelée, weicht am 8. Mai 1902 erfolgte und in wenigen Minuten die Stadt Saint-Pierre und 35 000 Menschen begrub, ein Dampfer der Transatlantischen Compagnie darselbst angelassen sei. Um dieselbe Zeit besuchte auch der Gouverneur der Insel Martinique zum erstenmal die Ruinen der einzigen blühenden Stadt. Er wurde vom Hr. Grandjean empfangen, der zur Zeit des Erdbebens als Bürgermeisterstellvertreter fungiert hatte und von allen Funktionen der eingige war, welcher die Katastrophe überlebt hatte. Die großen Handelsbänke lassen den Schutt von ihren Baugruben räumen und sind entschlossen, neue Magazine und Warenhäuser baselbst aufzubauen. Wasser haben die Redden offiziell noch keine Stellung zu dem Projekt der Wiedererrichtung genommen, aber sie fördern die Sache, indem sie die Kaufmann und Einwohnern den Schutt reinigen lassen. Wehrmüthigerweise sind Straßenpflaster, Trottoirs und Kanalisation in gutem Zustand. Bei den Räumungsarbeiten wird man oft in erschütternder Weise an die Erdbebenstöße von 1902 erinnert. Der Boden ist mit gebrochenen Knochen besät. Unter Steinen und Wäse fand sich der vertrocknete Leichnam eines Mannes, der von giftigen Gasen erstickt wurde, während er schlafend auf einer Chaiselongue lag. Der obere Teil der Stadt, das mittlere Viertel derselben und die Umgehung des Hofens weisen bereits dicke Vegetation auf. Das Paragraf geduldet dort besonders Apph. Die Landwirte der Umgehung ziehen Nutzen aus diesem Zustand und lassen ganze Herden auf den Trümmern der Stadt weiden.

gang der Pfälzischen Bahn in das Bayerische Staatsbahndirektorium endlich auch diese, eine schwere Befähigung des Publikums und eine Hemmung des Verkehrs darstellende veraltete Maßregel beseitigt wird. Möglich ist es allerdings auch, daß erst die Verlegung des Ludwigshafener Hauptbahnhofes nach dem zwischen Ludwigshafen-Mundenheim befindlichen Gelände und die dadurch notwendig werdende Herstellung einer weiteren Verbindung über den Rhein oberhalb der jetzigen Rheinbrücke und einen gebührenfreien Verkehr über den Rhein bringt. In weiten Kreisen der Ludwigshafener Bürgerschaft ist man der festen Überzeugung, daß die Verlegung des Hauptbahnhofes eine der dringlichsten Aufgaben sein wird, welche der Bayerischen Staatsbahnenverwaltung nach der Übernahme der Pfälzischen Eisenbahn entsteht, da die Verhältnisse immer unhaltbarer und unzulänglicher werden.

Bei diesem Paragraphen wurde dann auch die Frage der Abänderung der Bauordnung erörtert und von Herrn Stadtverordneten Sator Beschwerde geführt über die Verzögerung dieser für die Bürgerschaft finanziell weittragenden Angelegenheit. In hochförmlichen, geschickten Ausführungen entwarf Herr Sator ein Bild der Leidensgeschichte unserer Bauordnung, die schon so viel Staub aufgewirbelt und so viel Mißmut und Ärger unter den Bürgern hervorgerufen hat. Die Anklage war nicht sehr tröstlicher Art. Eine Revision der städtischen Bauordnung müsse nach der Mitteilung des Herrn Bürgermeister Martin mit Rücksicht auf das inzwischen erfolgte Inkrafttreten der neuen Landesbauordnung verschoben werden, eine sehr verständliche und wohl nicht zu umgehende Maßregel. Diese Verzögerung wäre ja nicht sehr schlimm, aber es scheint, als ob die Bestimmungen der Landesbauordnung einer durchgreifenden Revision der städt. Bauordnung sehr im Wege stehen. Die Landesbauordnung stellt den Grundriss auf, daß die Höhe der Häuser die Breite der Straßen nicht überschreiten soll. Nun hat zwar das Groß- und Klein-Kommunale in einem in den letzten Tagen von ihm erlassenen Entschluß sich auf den Standpunkt gestellt, daß Abweichungen gestattet werden können, wenn dieselben nicht sehr erheblicher Natur sind. Aber der Begriff „erheblich“ ist eben wieder ein sehr behäbiger und kann in jener Stadt, ja, und in dieser Stadt so ausgelegt werden. Abgesehen davon, daß die neue Landesbauordnung, obgleich sie kaum in Kraft getreten ist, Beschwerden erhebt. So beklagte man sich in der letzten Vorstandssitzung der Handwerkskammer von Freiburg i. Br. darüber, daß die seinerzeit von den Praktikern gemachten Verbesserungsvorschläge von den Behörden abgelehnt worden seien, eine Erscheinung, die nicht neu ist und auch anderwärts und in anderen Fragen vorkommen soll. Besonders wurde darüber beklagt, daß nach der neuen Landesbauordnung die kleinsten baulichen Veränderungen und Ausbesserungen genehmigungs-pflichtig sind, während früher hierfür eine Anzeigepflicht bestand. Von dem Vorstand der Handwerkskammer Freiburg wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Behörden die neuen Bestimmungen nachsichtig auslegen, ein Wunsch, der wohl auch für Mannheim Geltung hat. Endlich ist in der Vorstandssitzung der Freiburger Handwerkskammer Klage geführt worden über die hohen Kosten, die durch die Innehaltung der neuen Bestimmungen der Landesbauordnung entstehen. So soll es vorkommen, daß die Kosten der anzuerkennenden Pläne sowie der Baukontrolle sich höher stellen als wie der Aufwand der ganzen Reparatur beträgt und wird nach dieser Richtung hin eine Milderung der neuen Bestimmungen erhofft. Es dürfte gut sein, wenn die Kommission, die sich mit der Aenderung der Mannheimer Bauordnung zu beschäftigen hat, diese gegen die neue Landesbauordnung erhobenen Klagen genau prüft und ihnen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen sucht.

In der weiteren Debatte wurde gestern dann noch die Frage der Errichtung einer Markthalle berührt und mag als das Resultat dieser Aussprache wohl die Gewißheit bezeichnet werden, daß wir in absehbarer Zeit oder vielleicht als eine Markthalle bekommen. Es ist nicht zu verkennen, daß die vom Bürgermeistertisch gegen die Errichtung der Markthalle vorgebrachten Gründe und Bedenken sehr beachtenswert sind und vor einer Heberfärung der Angelegenheit warnen.

Die gestrigen Verhandlungen wurden von Herrn Bürgermeister Martin in vorzüglicher Weise geleitet. Er erwies sich in der Debatte als ein sehr gewandter und kenntnisreicher Mann, der alle Gebiete der Stadtverwaltung, so verschiedenartig sie auch sind, in gleicher Weise beherrscht und die Auffassung des Stadtrats in ebenso wirksamer wie überzeugender Weise vertritt.

und Sitten im Sinne der katholischen Lehre durch das Zentrum, das sich damit vom Boden einer unabhängig stehenden und national gesonnenen Partei entfernt hat. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wies Hoensbroech unter häufiger Ironie und Unterbrechung, oft auch unter stürmischer Heiterkeit den unzuverlässigen Charakter des Zentrums nach, welcher in letzter Zeit häufig aus Gründen der Politik verheimlicht geleugnet wurde. Ihrer ganzen Organisation, Zusammensetzung, Leitung, Richtung und Gesinnung nach, wie auch aus ihrer Gründungsgeschichte klar hervorgeht, ist das Zentrum eine konfessionelle Partei und zwar diejenige, welche sich die Vertretung des Katholizismus in der Politik als Aufgabe gesetzt hat, was ja für jeden denkenden Politiker außer allem Zweifel steht und von Zentrumsführern wie Adren, Trimborn, Lehrenbach, Savigny u. a. offen zugegeben wurde. Auch in den Höflichkeitseinsparungen der Zentrums-presse wird diese Auffassung stets nachdrücklich vertreten. Das Zentrum sagt sich ohne Widerspruch der päpstlichen Verlegung „non expedit“, durch welche zum Beispiel in Italien bis in die letzte Zeit den Katholiken die Annahme des Wahlrechts einfach untersagt worden ist. Es steht durchaus auf dem Boden des Sollen in seinem Verhältnis zum modernen Staat und in dem von der Kirche geforderten herausgegebenen katholischen Staatsrecht, an welchem die führenden Zentrumsgrößen mitgearbeitet haben, wird dieser Standpunkt überall festgehalten. In allen seinen Äußerungen hat sich also das Zentrum als eine ausgesprochen konfessionelle Partei gezeigt, zum Nachteil einer gesunden Entwicklung unseres deutschen Parteiensystems. In der Diskussion suchte zunächst Herr Posteprediger B r u c h als Zentrumsvertreter den Ausführungen Hoensbroechs entgegenzutreten. Graf Hoensbroech versuchte gleich nach ihm zu Wort zu kommen, wobei es unter wochenlangem Kampfe zu einer Geschäfts-ordnungsdebatte kam, in deren Verlauf die anwesenden Gegner durch Herrn Sator eine weitere Verhandlung unmöglich machten. Infolge dessen sah sich der Vorsitzende, Herr Dr. B o i f, gegen 12 Uhr zur Schließung der Versammlung genötigt, ohne den zweiten vorgemerkten Redner nach das Wort erteilen zu können. Jedenfalls hat die antikatolische Vereinigung mit der heutigen überfüllten Versammlung, wie das uneheliche Verhalten ihrer Gegner beweist, einen gesunden Eindruck zu erzielen vermocht.

Gewinnausstellung. In einem Schaufenster der Anstehndlung Floride Gutmacher in D. 1, 1 sind seit einigen Tagen die Gewinne für die Lotterielotterie der Deutschen Generalkassendirektion (Verband Mannheim) ausgestellt. Der Erlös dieser Lotterie wird zur Unterstützung der Armen und Bedienung volkswirtschaftlicher Zwecke zu beschließen. Das kann schon jetzt zum Ausdruck, daß 1904 in dem Bund technisch-industrieller Gewerbetreibender die erste Technikerorganisation entstand, die einzig und allein soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgte. Ein wichtiger Programmpunkt fordert die Pflege und Vertiefung volkswirtschaftlicher Bildung für den Techniker und besonders auch für den technischen Privatbeamten. Der Wert solcher Forderung befindet sich schon dadurch, daß andere technische Vereine und Korporationen sich gleichfalls offiziell mit der Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen befassen. Es darf somit angenommen werden, daß der angeführte Vortrag wissenschaftlichen Interesse begegnet, und wird erwartet, daß Chemiker, wie Ingenieure und Techniker sich zu ähnlichen zahlreichem Besuche einfinden. Gewonnenes wollen man den Anwesenden in dem Besonderen entnehmen.

Theater-Theater. In dieser Woche bringt das Thalia-Theater wiederum ein Programm, welches als besonders hervorzuheben bezeichnet werden kann. Ein Hilm führt und das Leben und Treiben in der chinesischen Hafenstadt Shanghai vor, während das großartige, kolorierte Bild „Die drei Todsünden des Teufels“ in seiner plastischen Wirkung jeden Zuschauer fesseln muß. Des Lebens Tragik findet Verleörperung in „Liebe der Unterdrückten“ und „Verheißung und Glück“, während einige Darstellungen auf humoristischem und gesanglichem Gebiete den Abgang des Ganzen bilden.

Band der technisch-industriellen Beamten. Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen hält am Freitag, 10. d. M., im großen Saale des Bernhardsbüchsen eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Prof. Geh. Hofrat Dr. G o t h a i n über: „Rufen und Bedeutung volkswirtschaftlicher Bildung für den Techniker“ sprechen wird. Die Plukationen in unserem Wirtschaftsleben haben seit geraumer Zeit bargelegt, daß zutragende Notwendigkeit dem Techniker gebietet, sich ebenfalls auch mit volkswirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen. Das kann schon jetzt zum Ausdruck, daß 1904 in dem Bund technisch-industrieller Gewerbetreibender die erste Technikerorganisation entstand, die einzig und allein soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgte. Ein wichtiger Programmpunkt fordert die Pflege und Vertiefung volkswirtschaftlicher Bildung für den Techniker und besonders auch für den technischen Privatbeamten. Der Wert solcher Forderung befindet sich schon dadurch, daß andere technische Vereine und Korporationen sich gleichfalls offiziell mit der Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen befassen. Es darf somit angenommen werden, daß der angeführte Vortrag wissenschaftlichen Interesse begegnet, und wird erwartet, daß Chemiker, wie Ingenieure und Techniker sich zu ähnlichen zahlreichem Besuche einfinden. Gewonnenes wollen man den Anwesenden in dem Besonderen entnehmen.

Die diesjährige Kreisversammlung findet, wie bereits mitgeteilt, kommenden Dienstag, den 14. April im Rathsaal statt. Nach dem Kreisvoranschlag betrug der Betriebsfonds am 1. Januar 1908 48 715,70 M. Die nach dem neuen Vermögensvergleichsresultat für 1908 zusammengestellten freiwirtschaftlichen Steuererträge und Steuerzuschläge betragen für die Stadt Mannheim mit den Vororten Käferthal, Waldhof, und Redarau 2 071 963,90 M. (+ 1 110 389,329 M.), für den Landbezirk Mannheim 240 365,500 M. (+ 137 635,525 M.), für den Landbezirk Schweddingen 129 117,480 M. (+ 55 587,345 M.), für den Landbezirk Weidenheim 178 788,810 M. (+ 85 264,657 M.), im Ganzen also 2 620 235,000 M. (+ 1 388 776,856 M.). Die Ausgaben des Jahres 1908 sind veranschlagt: laufende Ausgaben 406 664,96 M., für Schuldentilgung 9000 M., zur 305 964,96 M. Als Reserveposten sind laufende Einnahmen ohne die Kreisumlage sind vorgelesen 148 797,96 M., somit Mehrausgaben 357 157 M., zu deren Deckung eine Umlage von 1,4 Pfg. pro 100 M. auf den Kreissteuerertrag und -Anschlüssen von 2 620 235,000 M. oder 666 637 M. nötig ist. Im Vorjahr war der Umlagefuß auf 2,7 Pfg. festgesetzt. Die Mehreinnahmen mit 9680 M. werden zur Stärkung des Betriebsfonds verwendet. Im vorigen Jahr war die Umlage unter allen badiischen Kreisen die zweiniedrigste und wurde nur von Mosbach übertroffen, wo 26 Pfg. pro 1000 M. Steuerertrag erhoben wurden. — Aus dem allgemeinen Geschäftsbericht des Kreisverbandes für 1907, der wieder vom Vorsitzenden, Herrn Reichsanwalt A n g i e r - c r a t i e l und mit einem Hinweis auf das hiesige Großherzog Friedrich I., des Schöpfers der Kreisverfassung, eingeleitet wird, ist folgendes bemerkenswert: Ein Kreisdelegiertenkongress fand im Jahre 1907 nicht statt. Ein solcher wird im Frühjahr 1908 in Offenbach voranschließlich abgehalten werden. Es soll dieselbe Stellung angenommen werden zu dem von Seiten des Verbandes badiischer Arbeitsnachweise am 28. September 1907 beim Ministerium des Innern gestellten Antrag, den beiden badiischen Ständekammern einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, wonach die Fürsorge für wandernde Arbeitslose und dem Beispiel der Kreise Willingen, Konstantz, Waldshut und Lörrach — durch Errichtung von Naturarbeitsverpflegungstationen — im ganzen Lande einheitlich geregelt werden soll. Die vom Groß- und Ministerium veranlaßten Erhebungen, ob die jetzt im Kreis Mannheim bestehenden Einrichtungen für wandernde Arbeitslose (Arbeitsnachweisanstalten, sonstige Hilfsorgane-Einrichtungen, wie Vereine gegen Bettel, Herbergen zur Heimat etc.) entsprechend und ausreichend sind, oder ob und in welcher Richtung eine Ergänzung (etwa im Sinne des Antrags des Verbandes der badiischen Arbeitsnachweise) als ein Bedürfnis zu erachten ist, sind noch nicht abgeschlossen. Die Kreisversammlung hat im Jahre 1908 die Errichtung von Naturarbeitsverpflegungstationen im Kreis Mannheim abgelehnt mit der Begründung, daß nach dem damaligen Stand der Gesetzgebung und Rechtsprechung durch die Errichtung der Verpflegungstationen etwas Gutes nicht gescha-

fen werden konnte. Die verschiedenen Obst- und Gemüse-Sonderausstellungen der Mannheimer Jubiläums-Ausstellung haben belehrend gewirkt und zu neuen Anregungen, besonders hinsichtlich der Sortierung, Aufbewahrung, Verpackung und Konservierung der Früchte, Veranlassung gegeben. Infolge der geringen Obsterträge des Jahres 1907 konnten die Obstausstellungen von Seiten des Kreises Mannheim in so reichem Maße, wie es erwünscht gewesen wäre, leider nicht besucht werden. Von den im Voranschlag 1907 für die Sonderausstellungen vorgesehenen Mitteln von 2000 Mark wurden daher auch nur 940 Mark verwendet.

Mittelrheinischer Fabrikanten-Verein. Am Donnerstag den 9. d. M., vormittags 11 1/2 Uhr, hält der Mittelrheinische Fabrikantenverein in Mainz im Kasino „Der zum Gutenberg“ eine Vereinsversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Herrn Landesbauinspektors G r e t s c h e l - D a r m s t a d t über die mit der Kunst- und Kunstgewerbe-Ausstellung in Darmstadt 1908 verbundene Spezialausstellung von Arbeiterwohnungen und die Arbeiterwohnungsfrage im allgemeinen. Am Nachmittag findet eine Besichtigung der Schlichter-Verbreunungsanstalt und des Städtischen Elektrizitätswerkes in Wiesbaden statt. Abfahrt von Mainz-Brüdenplatz (am Rheinufer oberhalb der Straßenbrücke) mit der elektrischen Straßenbahn Mainz-Wiesbaden um 2 Uhr 30 Minuten. Treffpunkt für diejenigen Mitglieder, die nicht an der Versammlung teilnehmen können, entweder die Abfahrtsstelle der Straßenbahn in Mainz oder die Schlichter-Verbreunungsanstalt in Wiesbaden (Mainzerstraße).

Der Verband der Möbelkäufer von Südbadensland hielt in Karlsruhe seine Verbandssammlung ab. Mit dem Schupverband der Möbelkäufer für Rheinland und Westfalen, der durch zwei Herren vertreten war, sollen Verhandlungen eingeleitet werden, die ein Kartellverhältnis zwischen Nord und Süd bezwecken. Ueber diesen Gegenstand fand eine eingehende Aussprache statt. Es wurden dann noch interne Angelegenheiten verhandelt, u. a. einige Aenderungen der Statuten vorgenommen. Als Vorort wurde die Vereinigung Straßburg mit dem Vorsitzenden Herrn R. Steinthal gewählt.

Ermittelter Ausreißer. Das seit Sonntag vermisste 12-jährige alle Söhnen des Reichsrichters B i r t z konnte bereits am Montag wieder den besorgten Eltern übergeben werden. Der Kleine hat am Sonntag den um halb 3 Uhr nachmittags von Redarau abgehenden Zug der Nebenbahn besiegen und die Fahrt bis zum Endpunkt über Heidelberg-Weinheim unbeanstandet mitgemacht. In der Redarau wurden bei eintretender Dunkelheit 2 Jungen auf ihn aufmerksam und brachten ihn in Genesheim. Als er tags darauf von seinem Vater abgeholt und ihm Bescheid gemacht wurde, meinte er lakonisch: „Morgen fahre ich mit der großen Bahn“ (gemeint Main-Redarau).

Beratung des städtischen Voranschlags für 1908

am Mittwoch, den 8. April.
Zweiter Tag.

Bürgermeister Martin eröffnet die Sitzung um 3,20 Uhr in Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Die Beratung wird bei Einnahmestück 71 „Von Wegen, Kanälen, Wasserleitungen, Badeanstalten und dergl.“ fortgesetzt.

In dieser Position lag folgender sozialdemokratischer Antrag vor: Den Stadtverordneten ist freizulassen auf der Straßenbahn zu gewahren.

St. Klein (Soz.) führt in der Begründung des Antrages aus, daß dieser Antrag nicht neu sei. Der von der Stadt hierfür berechnete Einnahmefall von 18000 Mark könnte man nur dann annehmen, wenn sämtliche Bürgerauschüßmitglieder im Besitze von Jahreskarten wären. Das trifft aber nicht zu. Er glaube, daß kaum ein Drittel der Bürgerauschüßmitglieder im Besitze von Jahreskarten seien. Die übergroße Mehrheit sei auch nicht dazu in der Lage, soweit wenigstens seine Fraktion in Betracht komme. Hervorheben möchte er, daß füglich in Frankfurt a. M. ein deraartiger Antrag ebenfalls gestellt und angenommen wurde. Die Bürgerauschüßmitglieder von Redarau, Käferthal etc. bekämen allerdings eine kleine Entschädigung. Damit sei aber den Bürgerauschüßmitgliedern von Weidenhof, Redarau, Waldhof usw. nicht gebüht. Was in Frankfurt möglich sei, müsse auch in Mannheim möglich gemacht werden. Der finanzielle Ausfall dürfte also nicht allzu schwer ins Gewicht fallen. Er erfinde die Annahmen, diesem Antrage zuzustimmen. Im Bürgerauschüß sowie in der Presse sei schon des öfteren auf die Verschleimung des Umbaus der offenen Wagen hingewiesen worden. Dies lasse immer noch sehr zu wünschen übrig. Es sei hervorgehoben worden, daß der Umbau ziemlich viel Kosten verursachen würde, und daß es auch nicht möglich sei, eine große Anzahl von Wagen aus dem Betrieb zu entziehen. Im Voranschlag von Karlsruhe für 1908 sei ein Betrag von 26000 Mark für diesen Zweck eingelegt worden. Weiter sei ihm mitgeteilt worden, daß die Arbeiter von Braun u. Boveri besondere Vergünstigungen auf der Straßenbahn gewährt werden. Den Arbeitern der Redarauvorstadt sollte diese Vergünstigung aber ebenfalls gewährt werden. Die Abortanlage in dem Depot lasse viel zu wünschen übrig. Auch sei zu wenig Handwerkszeug vorhanden. Diesen Mängeln sollte abgeholfen werden. Der Redner kommt auf den Streit bei G. O. Meyer zu sprechen und bemerkt, die Stadt müsse bei Streiks auf neutralem Boden stehen.

St. Gsch tritt für die Vernehmung der Doppelwagen auf der Redarauer Straße ein. Es werde zwar sehr häufig Doppelwagen nach Redarau, aber sie genügen nicht.

St. Schweikart spricht sich gegen die Gewährung von Freifahrten für die Stadtverordneten aus.

St. Genschelmer begründet eine Resolution, die die Einführung von Fahrkartenkarten fordert, damit die Fahrkartenkarten vermieden wird. Der Reichsstatistiker habe jährlich aus den Annoncenstellen eine Steuer von 15-18000 Mark, die er sofort werden könne. Was in Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg etc. möglich sei, sollte auch hier durchgeführt werden können.

St. Koll schließt sich den Ausführungen des St. Gsch an und befürwortet die Einführung des 5 Minutenbetriebs auf der Redarauer Linie für den ganzen Tag. Außerdem sollte die Taggrenze vom Redarauer Bahnhof zum Ende der Unter Wilhelmstraße verlegt werden. Dadurch würde die Straße wesentlich verbilligt.

St. Hoffsacker befürwortet in der ihm eigenen drastischen Weise die Beseitigung des bürokratischen Systems bei der Behandlung der Taggrenzen.

St. Bender bemerkt, nachdem eine Verjüngung bestünde, daß die in den Vororten wohnenden Stadtverordneten eine Vergütung bekommen, halte er es nicht für angebracht, daß alle Bürgerauschüßmitglieder Freifahrten bekommen. Die Freifahrten würden zu 99 Prozent privaten Zwecken dienen. Wenn man auf diesem Wege weiterträte, müßte man ähnliche Veranlassungen

und für andere städtische Betriebe gewähren. Man mühte den Stadtdirektorien dann auch freies Gas gewähren; denn wenn der Stadtdirektor bei Gaslicht den städtischen Voranschlag studiere, könnte er auch freies Gas verlangen.

Stv. Hauptmann unterzieht die von den Redaktionen vorgelegten Wünsche. Es sei an Sonn- und Feiertagen nämlich, auf den Zwischenstationen die Redaktionen hinaus zu bringen. Die jetzige Zahl der Anhängewagen auf dieser Linie genüge nicht, wenn an Sonn- und Feiertagen das Gros der Fahrgänger zur Stadt zurückföhre. Weiter solle man vom Waldhof bis zur Brücke zu 10 Pfg. fahren können.

Stv. Hauptmann unterzieht die letzte Anregung des Vorredners. Die Waldhöfener wären nicht Schuld daran, daß die Straßenbahn im Regen durch die Redaktionsstadt geführt werde. Die elektrische würde bei einem Regenwetter erheblich mehr benutzt werden. Ferner wünscht weiter, daß die Teilsprende Dissenbrücke oder Puzenberg herangezogen werden.

Stv. Hauptmann bemerkt, er sehe sich veranlaßt, zu dem Antrag auf Einführung von Freifahrten für die Stadtdirektorien noch einmal Stellung zu nehmen. Er wolle gern zugeben, daß er der Vater des Gedanken sei. Der Oberbürgermeister habe ihm erklärt, daß er gegen den Antrag, den er begründlich finde, nichts einzuwenden habe. Die heute vorgebrachten Gegenstände seien sehr sachdienlich gewesen. Dem Stv. Schweidart möchte er zu bedenken geben, daß seine Forderung im Landtage für Freifahrt der Landtagsabgeordneten auf allen Staatsbahnstrecken eingetragener sei. Man könne nicht verlangen, daß die Stadtdirektorien die Fahrten, die sie im Interesse der Stadt machen, bezahlen. Man hebe doch neuerdings allgemein auf dem Standpunkt, daß sämtliche Dienste für Staat und Gemeinde bezahlt werden sollen.

Wenn die Eingemeindung durchgeführt werde, bekomme ein großer Teil von Stadtdirektorien Entschädigungen, der andere nicht. Diejenigen, die ihre Aufgabe als Stadtdirektoren erst aufhören, würden auch die Begründung des Antrages hier finden. Seine Leute seien nicht in der Lage, große Anordnungen zu machen. Ferner sei in Betracht zu ziehen, daß eine große Anzahl Fraktionssitzungen stattzufinden haben. Die Leute müßten oft aus großer Ferne kommen. Er gebe nur eine Antwort auf die Bemerkung eines Vorredners, daß die Freifahrten ein Geschenk in gewissem Sinne seien. Die Herren, die sich scheuten, die Freifahrten zu bewilligen, sollten ihre Fahrten eben aus eigener Tasche bezahlen. Er müsse nochmals darauf verweisen, warum soll Mannheim in dieser Frage rücksichtloser sein wie andere Städte? Frankfurt habe auf Antrag des Stadtmagistrats die Vorlage angenommen und durchgeführt. Er verweise auf München, Hamburg, die Freifahrten haben.

Wenn Sie den Stadtdirektorien nicht die Freifahrten bewilligen wollen, wie wollen Sie es denn rechtfertigen, daß die Herren Stadtdirektoren, die Mitglieder der Straßenbahnkommission Freifahrten haben? Er sei Mitglied der Enquete-Kommission, die viel häufiger Sitzungen habe, als die Straßenbahnkommission. Er halte diesen Zustand für einen rücksichtlosen und er möchte darum ersuchen, diesem nun ein Ende zu machen. Vielleicht wäre es erzieherisch, daß die Stadtdirektorien ihre Aufgabe dann etwas enger auffassen.

Stv. Hirsch legt an, daß bei Doppelwagen ein Wagen als Hauptwagen bezeichnet werden solle. Die Kausen müßten alle auf den Person der Wagen stehen.

Stv. Hiedemann bringt namens der hiesigen Bevölkerung den Wunsch zum Ausdruck, daß die elektrische bis zum „Pfing“ aber bis zum Rathaus weitergeführt werden möchte.

Stv. Klein (Soz.) wünscht namens der Ortskrankenkasse I die jährlich 50 Kranke reib. Erholungsplättchen in die Erholungsstätte bei dem Waldhof mit der Straßenbahn befördere, eine Ermäßigung der Fahrgebühren. Weiter solle dafür Sorge getragen werden, daß die Arbeiterfremdenarten auf allen Strecken billigkeit haben sollen.

Stv. Wenzelmer schließt sich den Ausführungen des Vorredners an, daß für die Reformabsichten eine billigere Gebühr nach dem Waldhof berechnet werden solle. Auch sei er für die Weiterführung der grünen Parklinie. Das Klagegeld des Roll. Hoffstätter würde dann verstummen.

Stv. Wachenheim stellt wie in früheren Jahren so auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Freifahrten auf der Straßenbahn für die Stadtdirektorien nicht bewilligt werden sollten. Wenn in Frankfurt dies durchgeführt sei, so werde es wohl einen stielichen Kampf verursachen haben. Aber die ganze Angelegenheit könne man jederzeit Meinung sein und zwar von dem Standpunkt aus, wie oft der Stadtdirektoren eigentlich im Interesse seines Amtes beschuldigt werde. Wenn man nur ungefähr 10 Sitzungen im Jahre habe, so werde man zugeben müssen, daß das im Hinblick auf den Anfall, den die Straßenbahn herbeiföhrt, nicht im Einklang stehen könne mit der Aufwendung von Zeit. Er sehe auf dem gleichen Standpunkt wie die Mehrheit seiner Fraktion.

Gegenüber Stv. Lewi bemerkt er, daß diejenigen, die fortwährend im Interesse der Stadt tätig sind, wie der Stadtrat, nur mit Recht eine Freifahrt der Straßenbahn besitzen. Er sehe weiterhin auf dem Standpunkt, daß es beim Alten bleiben solle. Einen anderen Antrag würde er bekämpfen.

Stv. Dr. Ciemn weist darauf hin, daß die Tätigkeit der Stadtdirektorien nicht so groß sei. Den Antrag auf Freifahrten für die Stadtdirektorien halte er für unannehmbar. Es werde hier nur immer verlangt und gewünscht und der Straßenbahn durch die Rückermehrung Kosten verursacht. Im Gegensatz davon werde geschritten und nichts bewilligt, wenn Anforderungen kommen. Man solle nicht über das, was verlangt werden könne, hinausgehen.

Aus dem Grossherzogtum.

St. Heddesheim, 5. April. Bei der heutigen Konfirmation gingen 12 Knaben und 17 Mädchen zum Tisch des Herrn.

Hedenheim, 6. April. Gestern Nachmittag brach in dem Schuppen des Maurers Joh. Cornilus Feuer aus, das durch den 5 Jahre alten Sohn Paul verursacht war. Der Schuppen ist bis auf den Grund niedergebrannt.

Schweligen, 6. April. Am Samstag stürzte eine farnbergische Schmeiser gelegentlich eines Krankenbesuches in einem Hause in der Lufentstraße durch die offene Kellertüre in den Keller hinab und zog sich dabei erhebliche Verletzungen zu.

Platz, Hessen und Umgebung.

Mundenheim, 7. April. Gestern früh wurde die 82 Jahre alte Fabrikarbeiterseheron Katharina Uhl von hier mit einer Schußverletzung am Kalle in ihrer Wohnung aufgefunden. Auf welche Weise die Genannte zu der Verletzung kam, ist noch nicht aufgeklärt, da sie noch nicht vernunftfähig ist. Die Verletzung soll nicht lebensgefährlich sein.

Frankenthal, 6. April. Der Stadtrat beschloß sich heute Abend in gemeinsamer Sitzung mit der Frage, ob der vor etwa 8 Jahren präsidial zum Verwaltermeister gewählte Dr. Ehrenspeck zur Wiederwahl zu gelangen habe oder ob die Stelle zur Besetzung ausgeschrieben sei. Der Stadtrat, der sich bis auf 2 Mitglieder, die sich vorher schriftlich für die Wiederwahl des Herrn Dr. Ehrenspeck erklärt hatten,

vollständig versammelt war, sprach sich einstimmig für die definitive Wiederwahl aus und sah dabei den Beschluß, daß von einer Ausschreibung der Stelle Abstand zu nehmen sei.

Von Tag zu Tag.

Jugallentat. Köln, 8. April. Auf dem Hagenener Schnellzug wurde gestern an einjamer Stelle ein Steinbambardement verübt, wodurch ein Bahnbeamter und ein Reisender verletzt wurden.

Leichenfund in Berlin. Berlin, 8. April. Die Polizeibehörde setzte eine Belohnung von 3000 Mark aus für Angaben, welche zur Ermittlung der Persönlichkeit der heute zerstückelt aufgefundenen Leiche und des Täters führen.

Im Rerjinn. Ellwangen, 8. April. Im Sätzeheimer Walde überraschten nachmittags zwei Bayern den 16jährigen Lehrling Kaspar Müller in dem Augenblick, als er den 15jährigen Sohn des Tagelöhners Fieber zerstückelte. Er hatte ihm bereits die Arme und Beine weggeschnitten und den Körper entgeistigt zugerichtet. Der junge Fieber war von Müller am letzten Sonntag bei einem Spaziergang nach einem Wortwechsel erwürgt und im Walde vergraben worden. Müller, der bereits in seiner Jugend Spuren von Geistesstörung gezeigt hatte, dürfte die Tat im Rerjinn verübt haben.

Wald aus Rache. Tripolis, 8. April. Der Vater Justinus in Dernab, einer Stadt an der Küste des Mitteländischen Meeres, wurde durch Mordmörder ermordet. Der Gouverneur wollte sich an dem Vater rächen, weil dieser den Bau einer Franziskaner-Kirche durchgesetzt hatte.

Verbrüht. Dresden, 8. April. Zwei während der Weber in einer Fabrik sich balgende Wehlinge stürzten in einen Kessel mit siedendem Wasser. Einer wurde tödlich, der andere teilweise verbrüht.

Jerüdelte Leiche. Berlin, 6. April. Am Tiergarten wurde heute morgen im Geiraud eine in Seidleinwand eingewickelte, vollständig zerstückelte Leiche aufgefunden. Es handelt sich um eine 12-17 Jahre alte Person. Die Leiche ist vermauert, daß nicht einmal das Geschlecht festgestellt werden kann.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Vena, 8. April. Nach einer offiziellen Mitteilung findet die 350jährige Jubelfeier der Universität Vena mit der Einweihung des neuen Universitätsbaus am 20. 21. Juli und 1. August statt.

Wien, 8. April. Das Duell zwischen den Abgeordneten Grafen Sternberg und Bergmann findet heute nachmittags statt.

Sofia, 8. April. Die Berliner Kaufleute haben heute ihre Reise nach Konstantinopel fortgesetzt. Auf dem gestrigen Bankett, an dem der Finanzminister und der Handelsminister teilnahmen, lobte letzterer in seinem Trinkspruch die Ehrenhaftigkeit der Deutschen und ihren Geschäftseifer. Heute wurde der Vorstand des Vereins vom Fürsten in Audienz empfangen.

Newyork, 8. April. Der aus Kanada ausgewiesene Anarchist Emma Goldmann wurde laut „Trk. Ztg.“ der Eintritt in die Vereinigten Staaten gestattet, da sie nachweislich, daß ihr Vater Naturalisierter Amerikaner ist.

Ein Schreiben des Erzbischofs Abert.

Bayreuth, 8. April. Erzbischof Dr. v. Abert in Bamberg hat der „Trk. Ztg.“ zufolge an den Pfarrer Tremel folgendes Schreiben gerichtet:

Sw. Hochwürden!

Wie verschiedene Zeitungen berichten, gedenken Sie zu Bayreuth demnächst einen Vortrag zu halten. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß ich erst kürzlich dem Herrn Pfarrer und Landtagsabgeordneten Grandinger einen derartigen Vortrag im Jungliberalen Verein zu Nürnberg unterlag habe. Aus denselben Erwägungen und aus gleichem Grunde verbiete ich Ihnen, Sw. Hochwürden, ebenso ernst als gemeinen, den beschriebenen Vortrag zu halten.

Sw. Hochwürden ergebenst

Friedrich Philipp, Erzbischof von Bamberg.

Pfarrer Tremel hat darauf dem Erzbischof geantwortet: „Erzelenz, Hochwürdigster Herr Bischof!

Lediglich die Bitte meines betagten Mitterthens, dem ich die Bitternis eines bis zur äußersten Konsequenz durchgeführten Kampfes um meine persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte ersparen möchte, veranlaßt mich, von der Abhaltung des geplanten Vortrages abzusehen.

Sw. erzbischof. Erzelenz ehrethetigster und in allen Stücken der kirchlichen Disziplin gehorjamster

Johannes Tremel.“

Der Jungliberale Verein bemüht sich, die liberale Fraktion des bayerischen Landtages zu einer Interpellation wegen dieses Falles zu veranlassen.

Das Ende des Schandfäulenprozesses.

Leipzig, 8. April. Das Reichsgericht hat die Revision des Redakteurs Hans Karchwald von der Königsberger Volkszeitung, der wegen Majestätsbeleidigung und Beledigung des Kemelex Denkmalskomitees (Schandfäulenartikel) am 11. Januar zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Die Wahlen in Preußen.

Berlin, 8. April. Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus hat das Ministerium des Innern als Termin den 3. Juni und ev. folgende Tage zur Wahlmännerwahl und den 10. Juni zur Wahl der Abgeordneten bestimmt. Die beiden Häuser werden zur Entgegennahme einer allerhöchsten Vollmacht zu einer Sitzung am 9. April, nachm. 4 Uhr eingeladen.

Eine russische Vollmacht in Tokio.

Petersburg, 8. April. In heutiger Sitzung nahm der Reichsrat die von der Duma vorgelegte Erhebung der Gesundheitskraft in Tokio zur Vollmacht an.

Der Fürst von Montenegro beim Zaren.

Petersburg, 8. April. Fürst Nikolaus von Montenegro ist heute vormittag in Jaroslawo Selo angelangt und am Wahnschhof vom Zaren empfangen worden.

Die englischen Vorschläge für Massentoten.

London, 8. April. Greys Rede wird von der konservativen Presse günstig beurteilt, die Liberale dagegen beschäftigt sich kaum damit. Daily Graphic meint, den Mächten werde es schwer fallen, ihre Zustimmung dazu zu verlangen, wenn es ihnen mit einer Reform ernst sei. Die Times findet, daß die Flotte jetzt ihre Pflichten gegen Massentoten erfüllen könne, da sie Geld aufwende für Zwecke, wie etwa Erweiterung der Royal Navy.

Das neue englische Kabinett.

London, 8. April. Dem „Daily Chronicle“ zufolge werden im Kabinett voraussichtlich folgende Veränderungen eintreten: Lloyd George wird das Schatzamt, Earl of Crewe das Kolonialamt und Churchill das Handelsamt übernehmen; Lord Tweedmouth wird Lordpräsident des Geheimen Rates und Macdonna erster Lord der Admiralität werden.

Die Wahlen in Portugal.

Lissabon, 8. April. Der gestrige Tag ist ohne Zwischenfall verlaufen; nur in dem berüchtigten Viertel Mouraria begingen kleine Gruppen Ausschreitungen. Die Polizei nahm weitere 200 Verhaftungen vor. Fünfhundert bis sechs Hundert von den Verhafteten brachte man auf die Festung Casaria in Unterjuchungshaft.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. April.

Am Bundesratslich Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, Handelsminister Desbrück.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr. Nach debattierender Erledigung einiger Geschäftsordnungsfragen über Strohverfolgung der Abg. Hahn, Stadthagen was Legien beginnt die

Dritte Lesung des Vereinsgesetzes.

Gräber (Soz.) meint, der Entwurf habe eine arge Enttäuschung gebracht, alles atmet den Geist der Bevormundung und der Polizeidiktatur. Das neue Gesetz sei ein Machtmittel der Regierung gegen die jehige Minderheit und namentlich gegen die Polen und Sozialdemokraten. Es sei ein offenes Antivolengesetz und verletztes Sozialistengesetz, das sozialdemokratischen Gewerkschaften. Ein solches Gesetz mühte auch internationalen Auswirkungen haben. Das Gesetz bedente eine Uebertragung der alten preussischen Gewaltpolitik auf das Reich.

Fürst Hatzfeld (Reichsp.) betont, die Festsetzung des 13. Lebensjahres für die Zulassung zu den Versammlungen sei für seine Partei conditio sine qua non, um diesem Gesetz zustimmen zu können. (Der Reichsfinanzler betritt den Sitzungssaal.) Das deutsche Reich sei ein Nationalstaat und mühte seinen nationalen Charakter auch auf dem Gebiete seiner Sprache zum Ausdruck bringen. Der Kompromiß über diesen Paragraphen, der eine wesentliche Stütze gegen deutsch-feindliche Bestrebungen bildet, sei im Bunde mit den liberalen Parteien zustande gekommen und es sei nicht zu verlernen, daß ein freisinniges Vereins- und Versammlungsrecht geschaffen worden sei. Es handle sich nicht um eine Enttarnung der Muttersprache, sondern um ein neues Band um das Reich aufgrund von Freiheiten, welche man vor 2 Jahren noch nicht erwarten durfte. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Gesetz atme nicht den Geist der Polizeidiktatur und des Polizeisystems. (Zustimmung rechts.) Es sei leicht für eine Minderheit, Opposition zu machen, wenn man die Verantwortung nicht zu tragen brauche und daß die Vorteile davon habe. Hatzfeld schloß, wenn dieses Gesetz dem Reichstoge gelinge, so diete sich auch die Aussicht, im nächsten Winter mit noch größerer Mehrheit ein weit wichtigeres Gesetz durchzubringen und das Reich aus den Finanznöten zu retten.

Fürst Hatzfeld (Soz.) protestiert gegen die Äußerung von Bayern in der zweiten Lesung, daß die Polen gleiche Rechte verlangen, oder nicht gleiche Pflichten erfüllen. Beweis habe er aber nicht gegeben. Der Vole sei nicht ein Deutscher, der zufällig polnisch rede, sondern ein Pole, der zufällig preussischer Staatsangehöriger sei. In politischer Beziehung seien die Polen nicht revolutionär, sondern nur mit bewundernswürdiger Mut die Angriffe, welche die Vergebung neuerdings gegen sie richtet. (Beifall im Zentrum und bei den Polen.) Er hoffe auf die bessere Zeit des Sonnenluzes höherer Erkenntnis, welche die Wodnabel zerföhren. Er appelliert an das Haus, in letzter Stunde eine genaue Abgrenzung des Begriffs der politischen und öffentlichen Versammlungen zu geben.

Dieckhoff (Soz.) polemisiert gegen Spain, der es als unmöglich bezeichnet hatte, daß ein Pole die Lossetzung vom Reiche beschuldige. Ein Historiker namens Spain, der mit dem Abgeordneten in nahe Verwandtschaft stehe, habe sich in einem Aufsatz gegenständig geäußert. Wenn einmal ein Gesetz in zweiter Lesung passiert sei, so erscheine es ihm nicht statthaft, nachzuforschen, was die eine oder andere Partei dabei geleistet habe. Die Freisinnigen nähmen in der Frage der Ausschließung Jugendlicher die Priorität in Anspruch. (Sehr richtig.) Es sei richtig, an Stelle der Angabe die öffentliche Bekanntmachung zu setzen. Es wäre schlimm, wenn die Werbekraft des konservativen Gedankens unter dieser Bestimmung erlöschen wolle. (Beifall rechts.)

Zund (natl.) sprach seine Freude über die Geschlossenheit des Reichstags in dieser Frage aus und begrüßte die gegenwärtige Konstellation, der das Zentrum nicht angedere. Die Ausschüsse des Abg. Gräber über die Rückständigkeit des Gesetzes lehne er ab. Redner ging dann auf die Praxis der Polizei bei den Versammlungen in Württemberg ein und meinte, auch für Baden sei der Entwurf ein Vorzug und für Sachsen gelte er einen gewissen Fortschritt. Der Reichseinheit müßten Opfer gebracht werden. Mit Recht habe der Vertreter Württembergs gesagt, man dürfte aus dem Gesetz nicht bloß die Mörner herausnehmen. Der Arbeiterbewegung wolle auch keine Partei keine unnötigen Fesseln auferlegen. Die Ausnahmeverordnung betr. die Minderjährlinge treffe die Gewerkschaften nicht.

Der Gebrauch der Muttersprache sei durch den § 7 nicht gefährdet. Auf diesem Gebiete gebe es für seine Partei kein Passieren mehr. Der Schwerpunkt eines derartigen Gesetzes liege in der Anwendung desselben und deshalb habe es seine Partei lebhaft begrüßt, daß das Gesetz schon bei den preussischen Wahlen angewendet werden soll.

Seine (Soz.) erklärte, daß seine Partei das Gesetz, wie es in der zweiten Lesung gefaßt worden sei, ablehne. Die Herren vom Volk hätten die sozialdemokratischen Redner nicht einmal angehört. Die eigene Presse und die eigenen Parteigenossen des Volkes hätten aber geschworen, dieses Gesetz zu machen.

Berlin, 8. April. Der Reichstag nahm in heutiger Sitzung das Vereins- und Versammlungsgegesetz in dritter Lesung bis einschließlich § 6 an.

Bei § 7 entspann sich wieder eine längere Debatte.

Berlin, 7. April. Die Reichstagskommission für die Beratung des Gesetzentwurfs über das Verbot der Herstellung von Zigaretten in der Hausindustrie debattierte am Dienstag über die Zulässigkeit der Aufrechnung und Zurückhaltung gegen Lohnforderungen der Arbeitnehmer, ohne zu einem Beschluß zu kommen.

Berlin, 8. April. Die Budgetkommission des Reichstags nahm den Erömmungsantrag für das Reichsrentenamt an.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Gesangs-Aufführung Albert Dieber.

Der frühere Domjäger Lewinsky berichtete kürzlich eine Kuriosität aus dem Leben der „unbegrenzten Möglichkeiten“.

Es berührt daher immer angenehm, wenn man heute einem Gesangslehrer begegnet, der durch vernünftigen, zielbewussten und kunstverständigen Unterricht jeder Individualität gerecht zu werden versteht.

So hatte man im ganzen den Eindruck, daß hier mit Ernst und seltenem Verständnis gearbeitet war, und der große äußere und bei Schüleraufführungen besonders auffällende künstlerische Erfolg war in jeder Hinsicht verdient.

Dr. H.

Die Gutenbergforschung ist, so schreibt uns unser Weinheimer Korrespondent, durch einen dieser Tage von Herrn Ernst Fischer in Weinsheim gemachten Fund um einen Schritt weitergerückt.

Ein eifrig-lehrreiches Kunstmuseum, welches sich die Pflege des heimischen Kunstgewerbes zur Aufgabe macht, ist in Stralburg gegründet worden.

Biographie in einem längeren illustrierten Aufsatz besprochen. Für die Handmahl sorgt ein Artikel „Die köstliche Quartette für die Pflege der Kunst in Haus und Salon“ (aus der Artikelserie „Kunsterbe der Kammermusik und ihre Pflege“).

Die Wirkung der Musik. Schon mehrfach ist die Verschiedenheit der Wirkung, die eine reinmelodische oder eine rein harmonische Musik auf Menschen und auch auf manche Tiere ausübt, Gegenstand interessanter Untersuchungen gewesen.

Das Wiener Johann-Bronn-Denkmal ist jetzt gesichert. Wir haben den originellen Denkmalsentwurf Professor Hellmers, dem jetzt die Ausführung übertragen worden ist, schon früher besprochen.

Volkswirtschaft.

A. C. Internationaler Eisenmarkt.

Charakteristisch für die Entwicklung der Eisenindustrie in der gegenwärtigen Rückgangperiode ist es, daß das Angebot der schwächeren Nachfrage möglichst anzupassen gesucht wird.

Auch in Deutschland sind keinerlei Anzeichen zu bemerken, daß das Frühjahrsgeschäft wieder eine härtere Artzung bringen wird.

Am Geldmarkt war der Privatdiskontsatz unverändert 1 1/2 pCt., das Ausland ist wieder als Käufer am Markt. Tageslohn Geld 4 pCt.

c. Der Wasserstand des Rheines ist zur Zeit sehr hoch im Vergleich mit den letzten Jahren.

wieder ein Fallen des Wasserstandes gemeldet. Der Schleppbootverkehr ist sehr zu wünschen übrig; der meiste Verkehr liegt bei den Bergfahrten.

Die Erhöhung der Kohlenpreise für einige Sorten bringen seit gestern die offiziellen Notierungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels in amtlichen Ausdrücken der Essener Börse zum Ausdruck.

Anwachen der Kohlvorräte. Die Vorräte von Kohle nehmen, wie die „Köln. Volksztg.“ schreibt, immer mehr zu und haben auf einigen größeren Lagerplätzen des Kohlenhandels bereits bedeutenden Umfang angenommen.

Maschinenfabrik Grigner, A.-G., Durlach. In der Generalversammlung der Maschinenfabrik Grigner, Aktiengesellschaft in Durlach wurden alle Anträge einstimmig genehmigt und die Dividende auf 15 Prozent festgesetzt.

Die Generalversammlung der Bank des Rheinischen Banerens Vereins, Aktiengesellschaft in Köln beschloß, daß das Aktienkapital von M. 1.000.000 auf M. 2.000.000 erhöht werden solle.

In der Generalversammlung des Eisenwerks Mündens, Aktiengesellschaft, die einen recht kostbaren Verlauf nahm, gab der Vorsitzende zu, daß Mängel vorhanden seien und sagte deren Abheilung zu.

Die Generalversammlung der Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagenbau (Einle) legte die Dividende auf 20 Prozent fest. Auf Anfrage erklärte der Vorstand, daß alle Betriebe für das ganze Jahr bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt seien.

Der Grundpreis für Kupferschalen wurde um 3 Mark erniedrigt und beträgt jetzt 194 Mark für 100 Kg. Neues vom Dividendenmarkt. Die A.G. für Glasindustrie vorm. Frdr. Siemens in Dresden schlägt wieder 10 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von M. 10 Mill. vor.

Die Aktienbank-Diskont 5 1/2 Prozent. Wechsel. Amsterdam kurz 108.67 108.66. Paris kurz 81.275 81.283. Belgien 81.00 81.00. Schweiz, Bülte 81.116 81.115. Estland 81.25 81.20. Wien 84.883 84.883. London kurz 20.412 20.412. Rapallo/Porto 16.32 16.32. Triest/Porto 4.00 4.00.

Table with 2 columns: Aktien industrieller Unternehmen and Wechsel. Lists various companies and their stock prices.

Staatspapiere. A. Deutsche

Table with columns for bond types (e.g., Reichsbank, Staatsanleihe) and their respective prices.

Bergwerks-Aktien.

Table listing various mining stocks such as Wodumer Bergbau, Concorvia Bergw., etc.

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Kaufleute.

Table listing transport-related stocks like Ost. Südbahn, Norddeutsche Lloyd, etc.

Handelsbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table listing commercial bills and priority obligations from various banks and companies.

Leih- und Versicherungs-Aktien.

Table listing loan and insurance stocks such as Deutsche Lebensversicherung, etc.

Frankfurt a. M., 8. April. Kreditaktien 101.00, Staatsbahn 146.80, Lombarden 24.40, etc.

Mannheimer Effektenbörse

Table of stock prices for the Mannheim stock exchange, including various bank and industrial stocks.

Die heutige Börse verlief in stiller, aber fester Haltung. Gefragt wurden: Rhein. Hypothekendarlehen-Aktien zu 192.50 Prozent, etc.

Berliner Effektenbörse.

Table of stock prices for the Berlin stock exchange, listing various bonds and stocks.

W. Berlin, 8. April. (Telegr.) Nachbörse. Kreditaktien 900.20, Staatsbahn 146.70, etc.

Pariser Börse.

Table of stock prices for the Paris stock exchange.

Londoner Effektenbörse.

Table of stock prices for the London stock exchange.

Berliner Produktenbörse.

Table of commodity prices for the Berlin products exchange, including wheat, rye, and other goods.

Telegraphische Handelsberichte.

Aluminiumindustrie-Gesellschaft Rheinhauten. Die Dividende wird von 26 Prozent auf 20 Prozent herabgesetzt, was die Erhöhung des Gewinns auf 1.856.419 M. ermöglicht. Der Geschäftsbetrieb ist trotz der Notwendigkeit dieser Vorkehrung bei der unzureichenden Höhe des Aluminiummarktes, welche unter Umständen leicht zu finanziellen Opfern zwingen könne.

Preisnotierungen der Börsekommission des Vereins von Holzinteressenten Südwestdeutschlands für die Holzbörsen vom 3. April 1908 in Straßburg i. E.

Table of wood prices for various types of timber and wood products, including different grades of pine and oak.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Table listing various goods and services offered by Marx & Goldschmidt, including different types of wood and other commodities.

Verantwortlich: Für Kunst, Penzilen und Vermischtes: Alfred Beetzheim; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schindler; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Hoff.

Er ist um die Ecke im nächsten Laden... diesem Jahre wieder beim Kaufmann, dem Großhändler nicht fehlen. Sie wissen ja, er hat sich immer so gut bewährt, wie alles andere und heißt Buch u. Wachs-Extrakt. Damit wird Sie aber nicht mit einer Nachahmung anlammert, achten Sie bitte beim Einkauf auf das Rotband. Am roten Band wird Buch u. Wachs erkannt!

Das beste ist gerade gut genug... wenn es sich um die Pflege der lieben Kleinen handelt. Darum verwenden auch sorgsam Mütter zum Waschen ihrer Lieblinge die Myrrorolli-Seife, denn sie ist die einzige feine, wasserlösliche Seife, welche den feinsten Seifenbestandteil - das Paraffin - mit anerkannter und bewährter Schädlichkeitsentziehung enthält.

